

Junge welt 12.7.07

Bei Anhörung Mund halten

Flüchtlinge aus afrikanischen Ländern sollen in dubiosen Verfahren zu ihrer »Identität« Stellung nehmen. Befürchtung von Massenabschiebungen wächst

Von Anja Hotopp

Zahlreiche Flüchtlinge aus Schwarzafrika haben in den letzten Tagen Vorladungen erhalten, vor Vertretern der Botschaften ihrer mutmaßlichen Herkunftsländer zu ihrer Identität Stellung zu nehmen. Nehmen sie den Terminen nicht wahr, droht ihnen die Abschiebung.

Betroffen sind nach Informationen der Flüchtlingsinitiative Brandenburg, des Hamburger Flüchtlingsrats und der Initiative gegen Rassismus und Ausgrenzung Dortmund etwa 150 kamerunische Flüchtlinge aus Brandenburg. Sie erhielten Anfang Juli Vorladungen der Ausländerbehörde Spree-Neiße. Demnach sollten sie sich am Montag nachmittag in der Ausländerbehörde Forst (Lausitz) einfinden, um dann nach Eisenhüttenstadt befördert zu werden. Nachts gegen ein Uhr sollte die Reise weiter zur Ausländerbehörde nach Köln gehen, wo am Dienstag die Anhörungen stattfinden sollten.

Die Flüchtlinge, die meist keine gültigen Papiere haben oder von ihren Botschaften keine ausgestellt bekommen, sind verunsichert. Ähnliche Sammelanhörungen gab es bereits in den vergangenen Jahren – gefolgt von Massenabschiebungen.

Über die Staatsangehörigkeit der betroffenen Flüchtlinge entschieden Botschaftsvertreter dabei aufgrund ausgesprochen vager Kriterien, kritisieren die Initiativen. So hätte eine Delegation aus Guinea die Staatsangehörigkeit von Flüchtlingen »aufgrund der Aussprache und der Gesichtsform« festlegt, berichtete die Tageszeitung Die Welt am 7. April 2006 unter Berufung auf den Leiter der Zentralen Ausländerbehörde der Stadt Dortmund, Friedhelm Weller.

Leiter der guineischen Delegation, die im vergangenen Jahr sowohl in Hamburg und Dortmund als auch in der Schweiz tätig wurde, sei ein gewisser N’Faly Keita gewesen. Nach Informationen der Initiativen ist der Mann »in Guinea selbst als Schleuser bekannt«, offiziell arbeitet er als »Verhörspezialist« beim Sicherheitsministerium Guineas, berichtete die Welt. In einem Bericht der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) wird N’Faly Keita unter Berufung auf Informationen der deutschen Botschaft in Conakry als »äußerst korrupter und gefährlicher Zeitgenosse« charakterisiert.

Deutsche Ausländerbehörden sehen darin offenbar kein großes Problem. Hat sich das Verfahren doch als sichere Möglichkeit erwiesen, Abschiebungen von afrikanischen Flüchtlingen durchzusetzen, auch wenn diese keine Papiere haben bzw. ihnen ihre Botschaft keine ausstellt. Ist über die vermeintliche Staatsangehörigkeit in einer solchen Anhörung einmal entschieden worden, erhalten die Flüchtlinge innerhalb von drei Monaten ihre Ausreisepapiere und müssen die Bundesrepublik verlassen.

Der Vorladung nicht zu folgen wäre allerdings nicht empfehlenswert, sagte Christopher Nsoh von der brandenburgischen Flüchtlingsinitiative gegenüber jW. Wer nicht zum Termin erscheine, müsse mit Sanktionen rechnen. Dennoch rät Nsoh den Betroffenen: »Sie sollen Courage zeigen.« Das Beste sei es, »konsequent den Mund zu halten« und nicht mit den

Botschaftsvertretern zu reden, so Anita Röder von der Flüchtlingsinitiative Brandenburg.

Neben den kamerunischen Flüchtlingen sollen auch etwa 20 Flüchtlinge aus Togo, die derzeit in Mecklenburg-Vorpommern gemeldet sind, sowie eine größere Gruppe guineischer Staatsbürger entsprechende Vorladungen bekommen haben.